

## Loccumer Klausurtagung

Die OFRI lehnt Gespräche mit der Polizeiführung und anderen Repräsentanten des Staatsapparates nicht prinzipiell ab, vor allem dann nicht, wenn sie dazu dienen, die Ziele der Friedensbewegung auch in den Reihen der Polizeibeamten und der Soldaten zu vermitteln und Feindbilder bei ihnen abzubauen. Polizisten und Soldaten sind nicht unsere Gegner. Es liegt an uns, auch sie als Verbündete der Friedensbewegung gegen die Raketenstationierung und Militarisierung und für eine andere Friedenspolitik und Lebensform zu gewinnen. Gespräche können unter bestimmten Bedingungen die herrschende Praxis der Falschinformation und der Indoktrination der einfachen Polizisten und Soldaten durchkreuzen und mit zu einem Bewußtseinswandel bei diesen beitragen.

Eine nichtöffentliche Klausurtagung im September, wie sie von der evangelischen Akademie in Loccum geplant ist, wird kaum zur Verständigung zwischen der Friedensbewegung und den Polizisten führen. Vielmehr könnte die Tagung von der staatlichen Seite dazu mißbraucht werden, in der Friedensbewegung ein Klima des Mißtrauens zu erzeugen und verschiedene Strömungen gegeneinander auszuspielen. Es liegt im Interesse der Friedensbewegung, die physische Eskalation, von wem sie auch immer provoziert werden mag, mit allen Mitteln zu verhindern. Gleichwohl kann sie unter keinen Umständen auf eine sehr ernst gemeinte politische Konfrontation und Eskalation mit den Aufrüstern verzichten. Die Widerstandsaktionen der Friedensbewegung gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile können keine insgeheim geplanten Aktionen sein, sie sollen möglichst viele Menschen zum Widerstand motivieren und werden selbstverständlich in aller Öffentlichkeit diskutiert und vorbereitet. Gleichzeitig muß die Friedensbewegung auf der Selbständigkeit ihrer gewaltfreien Widerstandsaktionen bestehen. Gegen die selbstherrliche „christlich“-liberale Parlamentsmehrheit, die offensichtlich entschlossen ist, auch gegen den Willen der Volksmehrheit zu stationieren, darf der allein von uns zu bestimmende Spielraum unserer Widerstandsaktionen als letztes politisches Mittel, das geeignet ist, den politischen Druck gegen die Stationierung zu verstärken, nicht aus der Hand gegeben werden.

Wir halten die Teilnahme der Friedensbewegung an der Loccumer Tagung auch aus einem anderen Grund für fragwürdig. Die Diffamierungskampagne der Bundesre-

gierung und von Teilen der Medien gegen die Friedensbewegung läuft auf vollen Touren. Mit dem Gewaltgerede soll die Angst der Bürger vor den Atomwaffen in eine Angst vor der Friedensbewegung umgelenkt und vom eigentlichen Thema der Raketenstationierung abgelenkt werden. Es macht keinen Sinn, mit Vertretern der Regierung in Loccum über die Entspaltung jenes befürchteten aggressionsgeladenen und gewalterzeugenden Klimas zu reden, das gerade von den Verantwortlichen eben dieser Regierung systematisch heraufbeschworen wird.

Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu dienen, einen echten Entspannungsprozeß zwischen der Friedensbewegung und den Polizisten herbeizuführen. Den Versuch von Gruppen wie der Göttinger AK gegen Atomenergie (taz 18.7.83), die gut gemeinten Absichten der Organisation der Friedensbewegung wie BBÜ, Pax Christi, Ohne Rüstung leben, Aktion Sühnezeichen u.a.m. leichtfertig als Zusammenarbeit mit der Polizei und der Bundeswehr oder gar als Verrat an der Friedensbewegung zu diffamieren, weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Eine solche Haltung ist nicht minder abwegig wie die Haltung jener übereifrigen Staatsloyalen, die bereit sind, andere - wie es nach Krefeld geschah - aus der Friedensbewegung auszuschließen. Eine prinzipielle Ablehnung des Gesprächs mit Staatsvertretern soll dazu dienen, die Widerstandsaktionen der Friedensbewegung in eine „antistaatliche“ Strategie einzuspannen.

Wir halten es für unabdingbar, daß die Friedensbewegung in den für sie existentiellen Fragen selbst die Initiative ergreift und gegen die sowohl staatliche Disziplinierungsversuche wie Versuche „antistaatlicher Konfrontationsstrategie“ die Bedingungen einer Diskussion mit der anderen Seite selbst bestimmt. In diesem Sinne fordern wir:

- alle Vertreter der Friedensbewegung, die nach Loccum eingeladen sind, auf ihre Teilnahme zu überdenken,
- den Bonner Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung auf, die Fernsehanstalten für eine open-end-Gesprächsrunde im September zu gewinnen. An dieser Runde sollen alle Strömungen der Friedensbewegung sowie Vertreter der Polizeigewerkschaft, einfache Soldaten der Bundeswehr und verantwortliche Mitglieder der Bundesregierung eingeladen werden.

Osnabrück, den 9. August 1983  
Koordinationsplenum der OFRI